

NEWS AUS BRÜSSEL

EU-Informationen der Verbindungsstelle Brüssel

September 2011

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Christian Freudlsperger

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene

Vom 25. Juli bis zum 11. September 2011

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Deutschland und Frankreich für europäische Wirtschaftsregierung

Bei ihrem Treffen am 16.08. einigten sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Sarkozy auf Vorschläge zur besseren Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Euroländer. Den Vorsitz der neuen europäischen Wirtschaftsregierung soll der derzeitige Ratsvorsitzende Van Rompuy übernehmen. Alle Euroländer sollen sich verpflichten, kritische Anmerkungen der Kommission zu ihrer Haushaltsplanung nachvollziehbar aufzunehmen. Wie Deutschland will jetzt auch Frankreich eine Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte in die Verfassung aufnehmen. Dies soll Vorbild für alle Euroländer sein. Die Finanz- und Wirtschaftsminister beider Länder sollen bis 2013 Vorschläge für eine gemeinsame Körperschaftssteuer entwickeln. International wollen beide Regierungen die Bemühungen für eine Finanztransaktionssteuer vorantreiben. Eurobonds, also gemeinsame Anleihen der Euroländer, seien nicht hilfreich, erklärten Merkel und Sarkozy. Wenn überhaupt könnten sie erst am Ende einer geglückten wirtschaftlichen Integration stehen, merkte Sarkozy an.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/08/2011-08-11-merkel-sarkozy-paris.layoutVariant=Druckansicht.html>

2. Schuldenkrise ist Arbeitsschwerpunkt der Kommission bis Jahresende

In ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause am 31.08. hat die Kommission ihre Arbeitsschwerpunkte bis Ende des Jahres festgelegt. Vorrangig seien vier Punkte: Erstens müssten die Vorschläge für einen stärkeren Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie eine bessere wirtschaftspolitische Führung durch Rat und EP verabschiedet werden. Zweitens müssten die Beschlüsse des Euro-Gipfels vom 21. Juli über die Reform des Rettungsschirms EFSF umgesetzt werden. Drittens arbeite die Kommission mit der Europäischen Zentralbank und dem IWF hart an dem neuen Unterstützungsprogramm für Griechenland, bei dem auch der Privatsektor beteiligt wird. Viertens müsse die Finanzregulierung weiter voran gebracht werden. Kommissionspräsident Barroso kündigte dazu weitere Vorschläge für den Herbst an.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10160_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/573>

3. Lobbyistenregister im EU-Amtsblatt veröffentlicht

Die Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission über die „Einrichtung eines Transparenz-Registers für Organisationen und selbstständige Einzelpersonen, die sich mit der Gestaltung und Umsetzung von EU-Politik befassen“ ist am 22.07. im Amtsblatt veröffentlicht worden. Lokale, regionale und kommunale Behörden fallen nicht in den Anwendungsbereich des Registers. Hingegen wird von ihren Vertretungen und Körperschaften, Büros und Netzwerken, die geschaffen wurden, um sie beim Umgang mit den EU-Organen zu repräsentieren, sowie ihren Verbänden erwartet, dass sie sich registrieren lassen. Der Europäische Rat und der Rat sind eingeladen, sich dem Register anzuschließen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:191:0029:0038:DE:PDF>

4. Konsularischer Schutz durch Vertretungen anderer EU-Länder

Alle Unionsbürger können in Ländern in denen ihr Heimatland keine Botschaft und kein Konsulat unterhält in einem solchen Fall von der Botschaft oder dem Konsulat eines anderen EU-Landes Unterstützung erbitten. Damit jeder diese Rechte kennt, sollen alle neuen Pässe in der EU Informationen zum konsularischen Schutz sowie die Adresse des EU-Internetportals enthalten, über das sie erfahren können, wohin sie sich bei Problemen während Ihrer Auslandsreise wenden können (www.consularprotection.eu). 20 EU-Staaten haben dieses Vorhaben bereits umgesetzt oder erklärt, bei allen neuen Pässen künftig in dieser Weise verfahren zu wollen. Sieben Länder (Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Portugal, Slowakei und Tschechien) dürften ihrem Beispiel in Kürze folgen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/931&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. „Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ 2013

Die Kommission hat am 11.08. vorgeschlagen, 2013 zum „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ auszurufen. Die Unionsbürgerschaft und die damit einhergehenden Rechte seien ein wesentlicher Grundpfeiler der EU. Um das 20jährige Bestehen der im Rahmen des Maastrichter Vertrags vom 1. November 1993 eingeführten Unionsbürgerschaft zu würdigen, hat die Kommission daher diesen Vorschlag unterbreitet. Vorgesehen ist die Durchführung einer Vielzahl von Veranstaltungen, Konferenzen und Seminaren auf Unionsebene sowie in den Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen. Für die Finanzierung der diversen Aktivitäten wird ein Mittelansatz in Höhe von 1 Mio. EUR vorgeschlagen. Die Entscheidung bedarf der Zustimmung des Europäischen Parlaments und des Rates.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/959&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

6. Bürger beantragen häufiger Zugang zu Kommissionsdokumenten

2010 gingen bei der Kommission 6 361 Anträge auf Zugang zu Dokumenten ein. Im Vorjahr waren es 5 401. Die zahlreichen Anfragen nach Dokumenten, die bereits öffentlich zugänglich waren, sind darin nicht enthalten. Das größte Interesse galt der Wettbewerbspolitik (fast 10%), gefolgt von Justiz und Inneres, Verkehr und Energie, Binnenmarkt und Umwelt. Die meisten Anträge kamen von Personen oder Organisationen in Belgien (17,95%), dicht gefolgt von Deutschland (16,62%). In mehr als vier von fünf Fällen wurde uneingeschränkter Zugang gewährt. Die wichtigsten Gründe für die Ablehnung eines Erstantrags waren 2010: Schutz des Zwecks von Inspektions-, Untersuchungs- und

Audittätigkeiten; Schutz des Entscheidungsprozesses der Kommission und Schutz geschäftlicher Interessen.

http://ec.europa.eu/transparency/access_documents/index_de.htm

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. EU unterstützt Neuanfang in Libyen

Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Ratspräsident Herman van Rompuy haben der libyschen Bevölkerung die weitere Unterstützung durch die Europäische Union zugesichert. Angesichts des Endes des Gaddafi Regimes sagten beide Präsidenten in einer gemeinsame Erklärung am 22.08: "Der Weg in Libyen ist nun frei für Freiheit und Selbstbestimmung. Die Europäische Union wird das Land zusammen mit der Internationalen Gemeinschaft weiterhin bei seinem demokratischen Übergang und wirtschaftlichen Aufbau unterstützen."

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/563&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Kommission eröffnet Büro für humanitäre Hilfe in Tripolis

Die Kommission hat Ende August ein Team von Experten für humanitäre Hilfe nach Tripolis entsandt und ein Büro für humanitäre Angelegenheiten in der libyschen Hauptstadt eröffnet. Medizin, Nahrung und Trinkwasser, die von der EU bereitgestellt werden, sollen so schneller an die Zivilbevölkerung verteilt werden. Kommissarin Kristalina Georgieva bekräftigte am 24.08., dass die Kommission Mittel für humanitäre Hilfe in den von der Opposition beherrschten Gebieten vorrätig halte. Es komme insbesondere darauf an, medizinische Hilfe leisten zu können. Weitere Prioritäten seien Hilfen bei der Minenräumung und Unterstützung für die Vertriebenen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10157_de.htm

3. Weitere Hilfen für Tunesien

Die EU hat am 23.08. zwei neue Finanzhilfeprogramme für Tunesien über einen Gesamtbetrag von 110 Mio. EUR genehmigt. Beide Programme sind Teil der verstärkten Unterstützung der EU für Tunesien in Folge der Revolution von Januar. Kommissar Štefan Füle sagte dazu: "Mit diesem Unterstützungsprogramm zur Wiederbelebung der Wirtschaft unterstützt die Europäische Kommission die Maßnahmen zur Konjunkturbelebung der tunesischen Regierung und unterstreicht ihr Vertrauen in das Zukunftspotenzial der tunesischen Wirtschaft."

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/974&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. EU verhängt Ölembargo gegen Syrien

Der Rat verschärfte am 02.09. die Sanktionen gegen Syrien um ein Importverbot für syrisches Erdöl. Außerdem werden das Einfrieren von Vermögen und die Verhängung von Einreiseverboten auf weitere Personen erstreckt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/124502.pdf

5. Kommunalpolitiker der EU starten Dialog mit östlichen Nachbarstaaten

Das erste Treffen der Konferenz der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Östlichen Partnerschaft (CORLEAP) fand am 08.09. im polnischen Posen statt. Die neue Plattform wurde vom Ausschuss der Regionen (AdR) der EU eingerichtet und vereint 36 Bürgermeister und Regionalpolitiker aus der EU sowie aus Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine. Sie soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessern und den Regionen und Städten in der Östlichen Partnerschaft der EU ein Mitspracherecht einräumen. Kommissar Štefan Füle erklärte: "Ich bin sicher, dass die neue Plattform zum Dreh- und Angelpunkt einer regen Zusammenarbeit zwischen den regionalen und lokalen Behörden der EU und der Länder der Östlichen Partnerschaft wird."

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=COR/11/42&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

6. Ernennung von 25 Delegationsleitern und Stellvertretern im EAD

Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton kündigte am 03.08. ihre Absicht an, 25 Delegationsleiter und Stellvertreter im Europäischen Auswärtigen Dienst zu ernennen. Leiter der Delegation in den USA mit Sitz in New York wird der österreichische Diplomat Thomas Mayr-Harting. Stellvertretender Leiter der Delegation bei der WTO in Genf wird der deutsche Diplomat Detlev Brauns.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/944&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

b) Außenhandel

1. EU verzeichnet Leistungsbilanzdefizit von 43.2 Mrd. EUR im 2. Quartal 2011

Die **EU27** verzeichnete im zweiten Quartal 2011 ein Leistungsbilanzdefizit von 43.2 Mrd. EUR, gegenüber einem Defizit von 33.1 Mrd. im zweiten Quartal 2010. Im Warenverkehr mit Drittländern verbuchte die **EU27** im zweiten Quartal 2011 ein Defizit von 37.4 Mrd. Euro. Im Vergleich dazu hatte das Defizit im zweiten Quartal 2010 bei 29.9 Mrd. gelegen. Im Dienstleistungsverkehr mit Drittländern verbuchte die **EU27** im zweiten Quartal 2011 einen Überschuss von 22.9 Mrd. Euro. Im Vergleich dazu hatte der Überschuss im zweiten Quartal 2010 bei 19.6 Mrd. gelegen. (Quelle: Eurostat)

Der **Euroraum** verzeichnete ein Leistungsbilanzdefizit von 28.5 Mrd. EUR, gegenüber einem Defizit von 18.6 Mrd. EUR im zweiten Quartal 2010. Im Warenverkehr mit Drittländern verbuchte der **Euroraum** im zweiten Quartal 2011 ein Defizit von 1.6 Mrd. EUR. Im Vergleich dazu hatte es im zweiten Quartal 2010 einen Überschuss von 3.3 Mrd. EUR gegeben. Im Dienstleistungsverkehr mit Drittländern verbuchte der **Euroraum** im zweiten Quartal 2011 einen Überschuss von 13.7 Mrd. EUR. Im zweiten Quartal 2010 hatte er bei 11.7 Mrd. EUR gelegen. (Quelle: EZB)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/128&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Handelsbilanzüberschuss des Euroraums im Juni bei 0.9 Mrd. EUR

Nach ersten Schätzungen ergab sich für den Euroraum (ER17) im Juni 2011 ein Überschuss von 0,9 Mrd. Euro im Handel mit der übrigen Welt, gegenüber +0,7 Mrd. im Juni 2010. Im Mai 2011 betrug der Saldo +0,2 Mrd. und im Mai 2010 -4,9 Mrd. Im Juni 2011 nahmen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum Mai 2011 um 4,7% und die Einfuhren um 4,1% ab.

Die EU27 wies nach ersten Schätzungen im Juni 2011 ein Handelsbilanzdefizit von 12,2 Mrd. Euro auf, gegenüber -11,1 Mrd. im Juni 2010. Im Mai 2011 wurde ein Saldo von -12,3 Mrd. und im Mai 2010 von -16,0 Mrd. verbucht. Im Juni 2011 nahmen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum Mai 2011 um 4,8% und die Einfuhren um 3,8% ab.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/119&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. EU gegen kanadische Subventionen für Erzeugung erneuerbarer Energie

Nach Japan ruft auch die EU ein WTO-Panel wegen der Subventionen der kanadischen Provinz Ontario für Erzeuger von erneuerbarer Energie an. Ontario knüpft diese Subvention an den Einsatz einheimischer Erzeugnisse. Dies widerspreche den Regeln der Welthandelsorganisation WTO. Die Exporte der EU für Anlagen für Wind- und Solarenergie in den Jahren 2007-2009 beliefen sich auf 300 bis 600 Mio. EUR. Die Zahlen könnten höher sein, wenn die Diskriminierung wegfielen.

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=732>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Wasser ist grundlegendes Menschenrecht

Anlässlich des Beginns der Weltwasserwoche (21.-29. August) bekräftigte Kommissar Andris Piebalgs das Engagement der EU für die Verwirklichung des Millennium-Entwicklungsziels „Halbierung des Anteils der Menschen ohne nachhaltigen Zugang zu sauberem Trinkwasser und grundlegender Sanitärversorgung bis 2015“. Heute kämpften noch immer rund 1.2 Mrd. Menschen – fast ein Fünftel der Weltbevölkerung – um Zugang zu sauberem Trinkwasser.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/975&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. EU leistet weiterhin Unterstützung für Region am Horn von Afrika

Am Vorabend der Geberkonferenz der Afrikanischen Union für die von Hungersnot und Dürre heimgesuchte Region am Horn von Afrika hat die EU ihre weitere Unterstützung bekräftigt. Kommissarin Kristalina Georgieva wird die EU am 25. 08. bei der Geberkonferenz in Addis Abeba vertreten. Mit fast 600 Millionen Euro ist die EU der größte Geber von Hilfsleistungen in der Region. Die Kommissarin will eine bessere Koordination der Geberländer erreichen und die Afrikanischen Staaten zu mehr Verantwortung bei der Krisenbewältigung auffordern.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10152_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/549&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. EU stellt weitere Mittel für Somalia bereit

Mit zusätzlichen 175 Mio. EUR will die EU insbesondere Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Entwicklung des Privatsektors und wirtschaftliche Infrastruktur fördern, durch die eine bessere Abfallentsorgung, Energie- und medizinische Versorgung gewährleistet wird. Die Mittel gehen vor allem an Somaliland, Puntland und Zentralsomalia. In diesen Teilen des Landes besteht bereits ein Mindestmaß an Stabilität, Sicherheit und guter Regierungsführung. 2011 wurde den Ländern am Horn von Afrika bereits ein Betrag von 97.47 Mio. EUR zugewiesen. Mit dem Hilfspaket wird das über fünf Jahre (2008 bis 2013) laufende Unterstützungspaket in Höhe von 212 Mio. EUR für Somalia aufgestockt, wodurch sich die dem Land bereitgestellten Mittel insgesamt auf 387 Mio. EUR belaufen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10130_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/951&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Wahlbeobachtung in Demokratischer Republik Kongo

Die EU entsendet zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 28.11. in der Demokratischen Republik Kongo eine Wahlbeobachtermission unter Leitung der Europaabgeordneten Mariya Nedelcheva (EVP/Bulgarien). Der Einsatz beginnt sechs bis acht Wochen vor dem Termin. Hinzu kommt eine Unterstützung der EU für den Wahlprozess in Höhe von 47.5 Mio. EUR.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/945&format=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Arbeitslosenquote des Euroraums im Juli unverändert bei 10.0%

Im **Euroraum** (ER17) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Juli 2011 bei 10.0%, unverändert gegenüber Juni. Im Juli 2010 hatte sie 10.2% betragen. In der **EU27** lag die Arbeitslosenquote im Juli 2011 bei 9.5%, unverändert gegenüber Juni. Im Juli 2010 hatte sie 9.7% betragen. Im Juli 2011 lag die Arbeitslosenquote in den **USA** bei 9.1% und im Juni 2011 in **Japan** bei 4.6%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/124&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Starke Divergenzen auf europäischem Arbeitsmarkt

Nach dem „Monthly Labour Market Fact Sheet - September 2011“ der Kommission ist die Zahl der Arbeitslosen in der EU von Juni auf Juli um 18.000 gestiegen. In Mitgliedstaaten mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit wie Deutschland und Österreich habe die Arbeitslosigkeit abgenommen, während sie in Peripherieländern wie Griechenland und Spanien zugenommen habe. Es sei mit größeren Risiken für eine Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation und anhaltenden Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten zu rechnen.

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=7059&langId=en>

3. Umsetzung des neuen Rahmens für Europäische Betriebsräte

Das Recht auf Einsetzung von EBR in Unternehmen oder Unternehmensgruppen mit mindestens 1000 Arbeitnehmern in der EU und den anderen Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island und Liechtenstein) und mit jeweils mindestens 150 Arbeitnehmern in zwei Mitgliedstaaten geht auf die Richtlinie 94/95/EG zurück. Die rund 970 EBR, die über 15 Millionen Arbeitnehmer vertreten, fördern den sozialen Dialog. Aufbauend auf den Ergebnissen des bestehenden rechtlichen Rahmens soll die am 06.06. in Kraft getretene neugefasste Richtlinie 2009/38/EG insbesondere die Wirksamkeit des Rechts auf eine länderübergreifende Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer sicherstellen, die Bildung neuer EBR fördern und für Rechtssicherheit in Fragen ihrer Einrichtung und Arbeitsweise sorgen.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1068&furtherNews=yes>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=157&langId=en&pubId=624&type=2&furtherPubs=yes>

(Präsentation in allen EU-Amtssprachen)

4. Deutschland bei effektiver Wochenarbeitszeit über EU-Durchschnitt

Nach dem Bericht zur Arbeitszeit der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (EUROFOUND) für 2010, liegt die effektive wöchentliche Arbeitszeit in der EU bei 39.7 Stunden und in Deutschland bei 40.5 Stunden. Die durchschnittliche tarifvertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit beträgt in der EU 38 Stunden und in Deutschland 37.7 Stunden. In der Metallindustrie beträgt sie 37.8 bzw. 35, bei Banken 37.4 bzw. 38.7 und bei Kommunalverwaltungen 37.8 bzw. 39.1 Stunden. Beim durchschnittlichen tariflich vereinbarten Urlaub liegen Deutschland und Dänemark mit 30 Tagen an der Spitze (Durchschnitt in EU 25 Tage). Tariflich vereinbart sind im Durchschnitt 1.715 Arbeitsstunden jährlich, am wenigsten in Deutschland (1.659), Dänemark (1.628) und Frankreich (1.601).

<http://www.eurofound.europa.eu/press/releases/2011/110727.htm>

<http://www.eurofound.europa.eu/eiro/studies/tn1106010s/tn1106010s.htm>

5. Unterstützung für entlassene Arbeitskräfte 2010 mit über 83 Mio. EUR

Laut eines Berichts der Kommission vom 22.08. wurden im Jahr 2010 nahezu 23 700 Arbeitskräfte durch den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) unterstützt, mehr als doppelt so viele wie 2009. Die EGF-Finanzbeiträge in Höhe von insgesamt 83 554 141 EUR wurden für 23 688 entlassene Arbeitskräfte in neun Mitgliedstaaten (Dänemark, Deutschland, Irland, Litauen, Niederlande, Polen, Portugal, Slowenien und Spanien) bereitgestellt. In Deutschland erhielten 1793 ehemaliger Mitarbeiter des Automobil-Zulieferers Karmann Hilfe bei der Jobsuche, ein Antrag der Heidelberger Druckmaschinen AG nach Unterstützung für 1181 Mitarbeiter wurde ebenfalls 2010 genehmigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/973&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Gesundheit

1. Bericht über Gesundheit von Männern in Europa

Die Kommission veröffentlichte am 25.08. zum ersten Mal einen Bericht über die Gesundheit von Männern in Europa. Diese gibt einen Überblick über den Zustand in den 27 Staaten der EU sowie in den EFTA-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz) sowie den drei Beitrittskandidaten (Kroatien, Türkei und Mazedonien [FYROM]). Der Bericht zeigt große vermeidbare Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern auf. Hierzu gehören Krebs und Herz-Kreislaufkrankungen sowie die Auswirkungen von Tabak und Alkohol auf die Gesundheit von Männern.

http://ec.europa.eu/health/population_groups/docs/men_health_report_en.pdf

2. Etwa 180 Millionen Europäer nutzen EU-Krankenversicherungskarte

Rund 35 % aller EU-Bürger nutzen bereits die Europäische Krankenversicherungskarte (EKVK), in Deutschland sogar 54.7 %. Die Karte gilt in allen EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen oder der Schweiz. Sie deckt alle medizinischen Leistungen ab, die während eines vorübergehenden Aufenthalts zu Urlaubs-, Arbeits- oder Studienzwecken erforderlich sind. Bei Krankheit oder Unfall in einem anderen Land hat der Karteninhaber Anspruch auf die gleiche medizinische Behandlung und Bedingung wie der im Land versicherte Patient.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10141_de.htm

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=559&langId=de>

3. Risiko für öffentliche Gesundheit durch Antibiotika in Tiermast

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat am 02.08. eine Bewertung des EFSA-Gremiums für biologische Gefahren (BIOHAZ) vorgelegt, wonach der Einsatz von Antibiotika bei Tieren, die zur Lebensmittelerzeugung genutzt werden, einen Risikofaktor in Bezug auf die Ausbreitung antibiotikaresistenter Bakterienstämme auch beim Menschen darstellt. Die Sachverständigen empfehlen eine Verringerung der Gesamtverwendung von Antibiotika bei zur Lebensmittelerzeugung genutzten Tieren. Eine wirksame Maßnahme wäre die Einschränkung oder gänzliche Einstellung der Verwendung von Cephalosporinen bei diesen Tieren. Betroffen seien alle für die Lebensmittelerzeugung wichtigen Tierarten, insbesondere aber Hühner. Meistens seien es die Keimarten Salmonellen und Escherichia coli,

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/110802a.htm>

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/pub/2322.htm>

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

1. Europäischer Gerichtshof stoppt Vermarktung von Genhonig

Der Europäische Gerichtshof entschied, wie von Generalanwalt Yves Bot vorgeschlagen, dass Honig und Nahrungsergänzungsmittel wie Pollenerzeugnisse, die Spuren von Pollen einer genetisch veränderten Maissorte enthalten, als Lebensmittel gelten die aus GVO hergestellt worden sind. Dies bedeutet, dass sie erst nach einer besonderen Zulassung vermarktet werden dürfen. Der Gerichtshof gab damit bayerischen Imkern recht, die Honig in der Nähe eines Versuchsfelds mit dem in der EU zum Anbau als Futtermittel zugelassenen Genmais MON810 produziert hatten und Klagen auf Schadenersatz eingereicht hatten. Die Bundesregierung bemüht sich um eine Abstimmung mit den Ländern und um ein einheitliches Vorgehen in der EU, etwa bezüglich Honigimporten aus Kanada und Südamerika.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-09/cp110079de.pdf> (PM EuGH)

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/ (Urteil: Az. C-442/09 einfügen)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/0.1518.784694.00.html>

2. Kontrollen für Lebens- und Futtermittel aus Japan verlängert

Der Ständige Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit der EU sprach sich am 09.09. für eine Verlängerung der verschärften Kontrollen für Einfuhren aus Japan bis zum Jahresende aus. Danach soll die Berechtigung dieser Maßnahmen monatlich überprüft werden. Nach der geltenden Verordnung muss jeder Sendung von Lebens- oder Futtermitteln aus den 12 Präfekturen im Umkreis von Fukushima eine Erklärung beiliegen, die bescheinigt, dass das Erzeugnis keine Radionuklidgehalte aufweist, welche die in der EU zulässigen Höchstgehalte überschreiten. Ferner werden Warenkontrollen, einschließlich Laboranalysen, vorgenommen. Auch mindestens 20 % der Sendungen aus den übrigen 35 Präfekturen werden Warenkontrollen unterzogen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/362&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/225&format=HTML&aged=1&language=EN&guiLanguage=en>

b) Landwirtschaft

1. Französische Anbauverbote für Genmais MON 810 rechtswidrig

Wie von Generalanwalt Paolo Mengozzi vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass die Mitgliedstaaten nur dann Sofortmaßnahmen ergreifen können, wenn die Kommission trotz Aufforderung nicht tätig geworden ist. Für den Erlass von genetisch veränderte Organismen betreffenden Sofortmaßnahmen nach Art. 34 der Verordnung Nr. 1829/2003 sei es erforderlich, dass eine Situation begründet ist, in der ein erhebliches Risiko bestehen kann, das offensichtlich die Gesundheit von Mensch oder Tier oder die Umwelt gefährdet. Die Überprüfung der Beachtung der Bedingungen sei Sache des nationalen Gerichts.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-09/cp110086de.pdf> (PM EuGH)

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/ (Urteil: Az. C-58/10 einfügen)

2. Aufstockung der Hilfen nach EHEC-Krise – 16 Mio. EUR für deutsche Bauern

Wie von der Kommission vorgeschlagen, haben die EU-Staaten am 28.07. beschlossen, die EU-Hilfen für die europäischen Gemüsebauern von 210 auf insgesamt 227 Mio. EUR aufzustocken. Damit kann die Kommission den Anträgen der Mitgliedstaaten auf Ausgleichszahlungen zu 100 % stattgeben. An der Spitze steht Spanien (71 Mio. EUR), vor Polen (46 Mio. EUR), Italien (35 Mio. EUR) und den Niederlanden (27 Mio. EUR). Deutschland erhält 16 Mio. EUR und Österreich 2.2 Mio. EUR. Landwirte, die aufgrund des EHEC-Ausbruchs Gurken, Tomaten, Salat, Paprika und Zucchini vom Markt nehmen mussten, bekommen bis zu 50% der normalen Produzentenpreise für den Monat Juni erstattet; Bauern in Produktionsgemeinschaften maximal 70 %. Das Geld soll bis spätestens Oktober ausgezahlt werden

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/938&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Einführung einer elektronischen Kennzeichnung für Rinder

Die Kommission hat am 30.08. einen Vorschlag für die freiwillige Einführung einer elektronischen Kennzeichnung (EID) für Rinder, Bisons und Wasserbüffel vorgelegt. Rinder würden in mehreren Mitgliedstaaten zu privaten Betriebsführungszwecken elektronisch gekennzeichnet. Die EID wird in der EU bereits für andere Tierarten, wie etwa Pferde, Esel, Schafe, Ziegen und Heimtiere (Hunde, Katzen und Frettchen) eingesetzt. Der Kommissionsvorschlag bietet den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, auf nationaler Ebene eine verbindliche Regelung einzuführen. Daneben werden mit dem Kommissionsvorschlag Änderungen bei der Kennzeichnung durch die Aufhebung der geltenden Bestimmungen über die freiwillige Etikettierung von Rindfleisch eingeführt. Hauptziel dabei ist es, unnötigen Verwaltungsaufwand zu verringern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/991&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/food/animal/identification/bovine/index_de.htm

c) Fischerei

1. EU und USA bekämpfen gemeinsam illegale Fischerei

Kommissarin Maria Damanaki und Dr. Jane Lubchenco, National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA) Administrator, unterzeichneten am 07.09. in Washington eine historische [Erklärung](#), in der sie sich zur Bekämpfung der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei, kurz IUU-Fischerei, verpflichten. Die EU und die USA, die an erster bzw. an dritter Stelle stehen, wenn es um die Einfuhr von Meerestieren geht (Japan steht an zweiter Stelle), haben vereinbart, dass die von ihnen eingeführten Meerestiere nicht aus der illegalen Fischerei stammen dürfen. Der Schaden illegaler Tätigkeiten, die legal tätigen Fischern und Küstengemeinden global gesehen entsteht, beziffert sich bei den Meerestieren und den daraus gewonnenen Erzeugnissen jährlich auf bis zu 23 Mrd. USD.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1007&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/damanaki/headlines/press-releases/2011/09/20110907_jointstatement_eu-us_iuu_en.pdf (Erklärung)

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

1. Kommission startet Online-Datenbank zu unlauteren Geschäftspraktiken

Mit einer am 29.07. frei geschalteten Datenbank will die Kommission Verbraucher besser vor unlauteren Geschäftspraktiken schützen. Diese Online-Datenbank macht alle europaweit geltenden Bestimmungen sowie die Rechtsprechung zu unlauteren Geschäftspraktiken zugänglich. Die Datenbank bietet zudem einen umfangreichen Überblick über die Umsetzung der entsprechenden EU-Vorgaben in den Mitgliedstaaten. Nationale Behörden könnten ihre Bestimmungen so leichter dem Gemeinschaftsrecht anpassen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10120_de.htm

http://ec.europa.eu/justice/consumer-marketing/index_de.htm

b) Wettbewerbsrecht

1. Annäherung der Preise von Neuwagen in der EU

Nach dem neuesten Automobilpreisbericht der Kommission haben sich die Listenpreise für Neuwagen leicht angenähert. Deutschland und Luxemburg sind aber weiterhin die Länder mit den höchsten Netto-Listenpreisen. In Deutschland liegen die offiziellen Preise 7.7 % über dem EU-Durchschnitt. Bei einzelnen Modellen betragen die Unterschiede (vor Steuern) zwischen dem billigsten und dem teuersten Land noch mehr als 30%. Die realen (inflationsbereinigten) Preise sind 2010 in der gesamten EU um 2.5 % gesunken, in Deutschland um 1.9%. Der Anstieg der EU-weiten realen Preise für Reparatur- und Wartungsdienste hat sich erstmals seit zehn Jahren nicht fortgesetzt. Kommissionsvizepräsident Joaquín Almunia sieht in diesen Entwicklungen eine Bestätigung für die neuen Wettbewerbsregeln im Kfz-Sektor.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/921&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/sectors/motor_vehicles/prices/report.html

2. Kartellbuße trotz Kronzeugenregelung

Das Gericht bestätigte die Entscheidung der Kommission über die Verhängung einer Geldbuße von 30 Mio. Euro gegen Deltafina wegen deren Beteiligung an einem Kartell auf dem italienischen Rohtabakmarkt. Es handelte sich um den ersten Fall, in dem die Kommission dem Unternehmen, das im Rahmen der Kronzeugenregelung als erstes das Bestehen eines Kartells aufgedeckt hat, keinen endgültigen Erlass der Geldbuße gewährt hat, weil es gegen seine Pflicht zur Zusammenarbeit verstoßen hat. Deltafina habe gegenüber ihren Wettbewerbern freiwillig und ohne die Kommission zu unterrichten ihren bei der Kommission gestellten Antrag auf Erlass der Geldbuße offengelegt habe, bevor diese Gelegenheit gehabt habe, Nachprüfungen in Bezug auf das betreffende Kartell vorzunehmen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-09/cp110087de.pdf> (PM EuGH)

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/ (Urteil: Az. T-12/06 einfügen)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/590&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (PM Kommission)

3. Berlusconi-Gesellschaft Mediaset muss Beihilfen zurückzahlen

Der Europäische Gerichtshof verwarf das Rechtsmittel von Mediaset gegen ein Urteil des Gerichts und bestätigte damit, dass es sich bei den 2004 und 2005 für den Kauf von terrestrischen Digitaldecodern gewährten italienischen Beihilfen um mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbare Beihilfen handelt. Die Sender, die von den staatlichen Beihilfen indirekt profitiert haben, sind verpflichtet, die Beträge in Höhe des erlangten Vorteils zurückzuzahlen. Die Kommission hatte geltend gemacht, dass die Maßnahme nicht „technologisch neutral“ gewesen sei, da sie nicht für digitale Satellitendecoder gegolten habe.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-07/cp110077de.pdf> (PM EuGH)

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/ (Urteil: Az. C-403/10 einfügen)

4. Kommission prüft geplante Fusion von Deutsche Börse und NYSE Euronext

Die Kommission hat am 04.08. eine eingehende Prüfung des geplanten Zusammenschluss der beiden weltweit aktiven Börsenkonzerne Deutsche Börse AG und NYSE Euronext Inc. eingeleitet. Die erste Marktuntersuchung der Kommission ergab wettbewerbsrechtliche Bedenken in einer Reihe von Bereichen, insbesondere beim Derivatehandel und -clearing.. Die Kommission hat nun 90 Arbeitstage (d. h. bis zum 13. Dezember 2011), um über die Zulässigkeit zu entscheiden. Die Deutsche Börse AG ist weltweit Betreiber einer Reihe von Börsen, darunter der Frankfurter Wertpapierbörse und der Eurex-Derivatebörse. Auch NYSE Euronext ist weltweit tätig. Das Unternehmen betreibt eine Reihe von Börsen in Europa (Amsterdam, Brüssel, Lissabon und Paris), die New Yorker Börse und die Liffe-Derivatebörse in London.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/948&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2 M 6166

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Rücktritt von Chefvolkswirt Jürgen Stark offenbart Dissens in EZB

Jürgen Stark, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, kündigte am 09.09. seinen Rücktritt an sobald ein Nachfolger für ihn ernannt ist. Bundesfinanzminister Schäuble hat dem Eurogruppenvorsitzenden Jean-Claude Juncker bereits Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen vorgeschlagen. Die Entscheidung trifft der Europäische Rat. Nach Presseinformationen ist das Motiv für den Rücktritt der Kauf von Staatsanleihen durch die EZB. Als Erklärung gilt, dass die Vertreter stabilitätsorientierter Nordländer (insbesondere Deutschland, Österreich, die Niederlande und Finnland) sich gegen die Südländer im EZB-Rat nicht durchsetzen könnten. Die Vertreter der Südländer wollten über die Notenpresse Versäumnisse der Fiskalpolitik ausbügeln. Der Euro sank am 10.09. auf seinen tiefsten Stand seit Ende Februar.

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2011/html/pr110909.en.html>

<http://www.ftd.de/politik/europa/:stark-nachfolge-schaeuble-schlaegt-asmussen-als-ezb-chefvolkswirt-vor/60102446.html>

2. „Marshall-Plan“ für sechs angeschlagene EU-Staaten

Die Kommission schlug am 01.08. vor, im Rahmen des Kohäsionsfonds, des Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und des Fischereifonds den Unionsbeitrag auf bis zu 95 % zu erhöhen. Betroffen sind die Euroländer Griechenland (879 Mio. EUR), Portugal (629 Mio. EUR) und Irland (98 Mio. EUR) sowie die Nichteuroländer Rumänien (714 Mio. EUR), Ungarn (308 Mio. EUR) und Lettland (255 Mio. EUR). Diese Maßnahme soll solange gelten wie diese Länder aus dem europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (Euroraum) bzw. dem Zahlungsbilanzmechanismus (Nichteuroländer) gefördert werden. Um die Absorptionsquote der Fonds zu erhöhen soll die Verwaltungskapazität dieser Staaten mit Unterstützung der Kommission gesteigert werden. Rat und EP müssen noch zustimmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/942&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Bundesverfassungsgericht billigt Hilfen für Euro und Griechenland

Das BVerfG hat entschieden, dass die Gesetze zur Griechenland-Hilfe und zum Euro-Rettungsschirm im Einklang mit dem Grundgesetz stehen. Zur Gewährleistung der parlamentarischen Haushaltsautonomie bedürfe es aber einer verfassungskonformen Auslegung dahingehend, dass die Bundesregierung grundsätzlich verpflichtet ist, vor Übernahme von Gewährleistungen jeweils die vorherige Zustimmung des Haushaltsausschusses des Bundestages einzuholen. Prüfungsmaßstab war nur das Budgetrecht des Parlaments. Weitere Einwände wie der Verstoß gegen die No-Bailout-Klausel, laut der die Euro-Staaten nicht füreinander haften, wurden als unzulässig zurückgewiesen. Der Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB sei kein von den Beschwerdeführern angreifbarer Hoheitsakt deutscher öffentlicher Gewalt.

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg11-055.html>

http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20110907_2bvr098710.html

4. Scharfe Kritik der Bundesbank an Euro-Rettungsmaßnahmen

In ungewöhnlich scharfer Form lehnte die Deutsche Bundesbank am 22.08. in ihrem Monatsbericht die Beschlüsse des Eurogipfels vom 21.07. ab. Damit erfolge, entgegen dem Vertrag von Maastricht, ein weiterer großer Schritt in Richtung gemeinschaftlicher Haftung und geringerer Disziplinierung durch die Kapitalmärkte, ohne dass im Gegenzug die Kontroll- und Einflussmöglichkeiten auf die nationalen Finanzpolitiken spürbar verstärkt werden. Besonders gravierend sei, dass mit den neuen

Kreditkonditionen der Anreiz für Länder mit einem Hilfsprogramm deutlich gesenkt wird, durch finanz- und wirtschaftspolitische Reformen möglichst schnell wieder solidere öffentliche Haushalte zu erreichen und an den Kapitalmarkt zurückzukehren; ihre Kreditkonditionen wären sogar besser als die einiger Hilfe leistenden Länder.

http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/monatsberichte/2011/201108mb_bbk.pdf

(Monatsbericht)

http://www.bundesbank.de/download/presse/pressemitteilungen/2011/20110722.erklaerung_eu_rat.php

(Erkl. 22.07.)

5. Griechenland verfehlt Auflagen von Rettungsprogramm

Am 02.09. unterbrachen die Experten der Troika aus der Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) die fünfte Quartalsüberprüfung des griechischen Reformprogramms. Nach einem Bericht des griechischen Haushaltskontrollamtes lag das primäre Haushaltsdefizit (Defizit ohne Zinszahlungen) in den ersten sieben Monaten deutlich über dem Ziel von -1.7%/BIP. Presseberichte unter Bezugnahme auf eine nicht benannte Quelle aus der Troika sprechen von mehr als einem Prozentpunkt über dem Ziel. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sagte am 10.09. gegenüber dem ZDF, Griechenland habe, auch nach Auffassung des IWF, die Voraussetzungen für die Auszahlung der nächsten Hilfstranche (8 Mrd. EUR) bisher nicht erfüllt.

<http://www.ecb.eu/press/pr/date/2011/html/pr110902.en.html>

<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/6/0,3672,8350374,00.html>

6. Mehr Vertrauen in Wirtschaft in Europa – Deutschland nicht im Trend

Nach der Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2011 haben nach Meinung von 43% der Europäer die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt bereits ihren Höhepunkt erreicht. Das ist ein Prozentpunkt mehr als bei der letzten Umfrage im Herbst 2010. In Deutschland sind 49% dieser Auffassung, ein Rückgang von über fünf Prozentpunkten gegenüber Herbst 2010. Nur 17% der Deutschen haben Vertrauen in die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise. In der EU insgesamt sind es 20% die Vertrauen in die jeweilige nationale Regierung haben; an der Spitze liegen Großbritannien und Schweden (35 %). Während die Befragten in 18 Mitgliedstaaten das Vorgehen der EU in der Krise für wirksam hielten, war in Deutschland eine knappe Mehrheit (46:45%) anderer Auffassung.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10127_de.htm

7. BIP im Euroraum und in der EU27 im 2. Quartal um 0,2% gestiegen

Im Vergleich zum Vorquartal ist das BIP im zweiten Quartal 2011 sowohl im **Euroraum** als auch in der **EU27** um 0.2% gestiegen. Dies geht aus zweiten Schätzungen hervor, die von **Eurostat** veröffentlicht werden. Im ersten Quartal 2011 betrugen die Wachstumsraten +0.8% im **Euroraum** und +0.7% in der **EU27**. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2010 ist das saisonbereinigte BIP im **Euroraum** um 1.6% und in der **EU27** um 1.7% gewachsen, nach +2.4% in beiden Gebieten im Vorquartal.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/127&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

8. Inflationsrate des Euroraums im August auf 2.5% geschätzt

Die jährliche Inflationsrate des Euroraums für August 2011 wird von Eurostat auf 2.5% vorausgeschätzt. Im Juli lag die Rate ebenfalls bei 2.5% und im Juni bei 2.7%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/123&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

9. Wirtschaftsklimaindex sinkt in EU und Eurogebiet

Im August ging der „Economic Sentiment Indicator (ESI)“ in der EU um 5.0 Punkte auf 97.3 zurück und im Eurogebiet um 4.7 Punkte auf 98.3. Der Rückgang erfolgte in allen Sektoren mit Ausnahme der Bauwirtschaft im Eurogebiet. Unter den größten Mitgliedstaaten verzeichneten Deutschland mit -5.7 Punkten und das Vereinigte Königreich mit -5.6 Punkten den stärksten Rückgang. Nur in Deutschland verblieb der ESI über seinem Langzeitdurchschnitt.

Im Juli ging der ESI sowohl in der EU als auch im Eurogebiet zurück. Er fiel jeweils um 2.2 Punkte auf 102.4 in der EU bzw. 103.2 im Eurogebiet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/994&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/surveys/index_en.htm

b) Energie

1. Strategie für die Außenbeziehungen der EU im Energiebereich

Die am 07.09. vorgelegte Strategie besteht aus einer Mitteilung zur Energieversorgungssicherheit und internationalen Zusammenarbeit und zwei neuen Instrumenten zum besseren Informationsaustausch. Sie umfasst 43 konkrete Maßnahmen. So wird vorgeschlagen, dass die EU-Länder zukünftig untereinander Informationen über zwischenstaatliche Energie-Abkommen austauschen müssen oder entsprechende Abkommen auf EU-Ebene verhandelt werden können. Mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraums soll eine Partnerschaft im Bereich der Erneuerbaren Energien aufgebaut werden. In multilateralen Gesprächen, unter anderem mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), sollen international rechtsverbindliche Standards für die nukleare Sicherheit erarbeitet werden.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10167_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1005&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Deutsche Energiewende benötigt EU-Genehmigungen

Auf der Energiekonferenz, die das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln (EWI) und die F.A.Z. am 08.09.veranstaltet haben, wies Kommissar Oettinger in ungewohnt deutlicher Form darauf hin, dass Subventionen für Ökostrom genehmigungsbedürftig seien. Den Stadtwerken könne nur geraten werden, sich zurückzuhalten. Auch die deutschen Erwartungen hinsichtlich des geplanten Strompreisausgleichs in stromintensiven Branchen wie der Aluminium-, Chemie- und Papierindustrie seien zu hoch. Nicht zwingend europatauglich seien schließlich die Beihilfen für den Bau von Gaskraftwerken, die in sonnen- und windarmen Zeiten zur Deckung des Strombedarfs zugeschaltet werden sollen. Stattdessen sollte an Investitionen in den Nachbarländern gedacht werden, wo die Anlagen ganzjährig laufen könnten.

<http://www.faz.net/artikel/C30770/energiewende-eu-bremst-deutsche-oekostrom-ambitionen-30683212.html>

c) Währung und Finanzen

1. Kommission begrüßt Plan zur Stabilisierung der Eurozone

Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn haben am 16.08. die Erklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy zur Stärkung der Währungsunion begrüßt. Ein festes Format für reguläre Gipfeltreffen der Eurozone trage zu einer stabileren und stärkeren politischen Führung bei. Der Ruf, eine Schuldenbremse in den nationalen Verfassungen zu verankern, sei ein starkes politisches Signal für eine langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte, die Finanztransaktionssteuer ein Schlüsselinstrument, um sicherzustellen, dass der Finanzsektor einen gerechteren Beitrag zu den öffentlichen Haushalten leistet. Die Kommission werde hierzu in Kürze einen Vorschlag vorlegen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10142_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/557&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. EZB-Direktoriumsmitglied Jürgen Stark gegen Eurobonds

In einem Interview mit dem Handelsblatt (erschieden am 19.08.) warnte EZB-Direktoriumsmitglied Jürgen Stark vor Eurobonds. Sie wären ein Transfer von Bonität aus stabilen Ländern in Staaten, die weniger solide Staatsfinanzen haben. Die Länder, die schlechter dastehen, könnten sich mit Euro-Bonds günstiger refinanzieren. Für die anderen mit guter Kreditwürdigkeit würde es teurer. Auf jeden Fall wären Eurobonds nur ein Kurieren an den Symptomen. Der Anreiz, die strukturellen Probleme in den Haushalten anzugehen, würde verringert. Etwas anderes wäre eine politische Entscheidung hin zu einer verstärkten europäischen Integration mit europäischer Fiskalpolitik und einem europäischen Finanzminister mit direkten Eingriffsrechten in die nationalen Haushaltspolitiken.

<http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/euro-bonds-kleistern-die-probleme-nur-zu/4514040.html>

3. Barroso fordert rasches Handeln und mehr Mittel in Finanzkrise

In einem Schreiben an die Staats- und Regierungschefs des Eurogebiets vom 03.08. drückt Kommissionspräsident Barroso seine tiefe Sorge hinsichtlich der Zinsaufschläge für Staatsanleihen von Italien, Spanien und anderen Euroländern aus. Die Beschlüsse des Eurogipfels vom 21.07. hätten nicht den erwünschten Effekt auf die Finanzmärkte gehabt. Die Märkte reagierten negativ auf „die undisziplinierte Kommunikation und die Komplexität und Unvollständigkeit des Pakets vom 21. Juli“. Dieses müsse „sehr rasch“ umgesetzt werden, ohne zusätzliche Bedingungen oder Forderungen nach Sicherheiten zu stellen. Notwendig sei aber auch eine Überprüfung der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität und des Europäischen Stabilitätsmechanismus, damit diese über ausreichend Mittel verfügten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/546&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

4. Stärkung des „Europäischen Währungsfonds“

Bei ihrem Treffen am 16.08. kündigten Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy an, dass sie EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy noch einmal vorschlagen, dass der am 21.07. vom Eurogipfel beschlossene Europäische Währungsfonds auch Analysekapazität bekommt und damit auch eigenständig über die Verfasstheit der einzelnen Euro-Mitgliedstaaten urteilen kann.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/08/2011-08-16-pk-merkel-sarkozy-paris.html>

5. Europäische Zentralbank hält wie erwartet Zinsniveau konstant

Der EZB-Rat beschloss am 04.08. und am 08.09., den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,50 %, 2,25 % bzw. 0,75 % zu belassen. EZB-Präsident Jean-Claude Trichet wies darauf hin, dass die Inflation im Juli und im August bei 2,5% gelegen habe und auch die nächsten Monate klar über dem Stabilitätsziel der EZB von 2% verharren werde. Auch mittelfristig sei mit Risiken für die Preisstabilität zu rechnen. Das Wirtschaftswachstum habe sich aber abgeschwächt. Experten gehen davon aus, dass angesichts der Risiken für die Konjunktur und angesichts der Staatsschuldenkrise der Zinssatz trotz der Inflation längere Zeit unverändert bleibt. Es gibt auch Forderungen nach Zinssenkungen.

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2011/html/pr110908.de.html>

<http://www.ecb.int/press/pressconf/2011/html/is110908.en.html>

6. Massive Ankäufe von Staatstiteln durch EZB

Nachdem die Europäische Zentralbank 18 Wochen lang keine Staatstitel mehr gekauft hatte, erwarb sie nach Presseberichten am 04. und 05.08. irische und portugiesische Anleihen und vom 08.08.-02.09. spanische und vor allem italienische Anleihen im Gesamtbetrag von etwa 55 Mrd. EUR. Damit erhöht sich der Bestand der im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte getätigten Ankäufe von 74 auf 128,9 Mrd. EUR. In der Pressekonferenz vom 04.08. ließ EZB-Präsident Jean-Claude Trichet durchblicken, dass die EZB erneut auf den Märkten aktiv ist. Der EZB-Rat habe dies mit überwältigender Mehrheit beschlossen. In einem Statement vom 07.08. begrüßte der EZB-Rat die von Spanien und Italien angekündigten neuen Reformmaßnahmen und kündigte den Ankauf von staatlichen Anleihen an.

<http://www.ecb.int/press/pr/wfs/2011/html/fs110906.de.html> |

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2011/html/pr110807.en.html>

7. Irisches Reformprogramm zeigt Wirkung

Nach einem positiven Bericht der Troika von Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds erhält Irland eine dritte Rate des Hilfsprogramms, aufgeteilt in zwei Tranchen für Ende September und Ende Oktober, in Höhe von insgesamt 5,5 Mrd. EUR. Das Haushaltsdefizit für 2011 werde deutlich unter dem Ziel von 10,5%/BIP liegen. Strukturreformen seien durchgeführt und die Wirtschaft erhole sich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/588&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2011/op84_en.htm

8. Portugal erfüllt Auflagen von Rettungsprogramm

Vom 01.-12.08. führten Experten der Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) die erste Quartalsüberprüfung des portugiesischen Reformprogramms durch. Sie kamen zum Schluss, dass die Auflagen für die Finanzhilfen der EU und des IWF eingehalten werden. Lobend erwähnt werden die Stärkung der Banken und die vorzeitige Ablösung von Sonderrechten des Staates in der Privatwirtschaft. Die Bedingungen für die Auszahlung der Tranche des Rettungspakets für September seien erfüllt. Diese beläuft sich auf 11,5 Mrd. EUR (7,6 Mrd. EUR von der EU und 3,9 Mrd. EUR vom IWF); das Gesamtpaket beträgt 78 Mrd. EUR (52

Mrd. EUR von der EU und 26 Mrd. EUR vom IWF). Das Exekutivbüro des IWF und der Ecofin-Rat sowie die Eurogruppe müssen noch zustimmen.

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2011/html/pr110812.en.html>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Weiterverfolgung eines europäischen Vertragsrechts

Auf dem informellen Ratstreffen der EU-Justizminister am 19.07. erhielt Kommissionsvizepräsidentin Viviane Reding Rückhalt für ihren für Herbst geplanten Vorschlag für ein europäisches Vertragsrecht. Gedacht ist weiterhin an ein optionales Vertragsrecht (sogenannte 28. Rechtsordnung) für grenzüberschreitende Verträge von Verbrauchern und Unternehmen. Verkäufer und Käufer könnten sich frei für dieses System entscheiden. Die polnische Ratspräsidentschaft erwartet eine Wende im Bereich des E-Commerce. Umfragen der Kommission hätten ergeben, dass bis zu 60% der grenzüberschreitenden Online-Geschäfte nicht zustande kämen, weil die Unternehmer insbesondere die unbekannten Rechtssysteme und somit die Gefahr eines Rechtsstreits mit dem Verbraucher fürchteten.

<http://pl2011.eu/de/content/baldige-erleichterung-von-online-einkaeufen>

2. EU-Datenschutzbeauftragter begrüßt Verknüpfung von Registern

In seiner Stellungnahme zu einem Vorschlag für eine Richtlinie zur Verknüpfung von Zentral-, Handels- und Gesellschaftsregistern teilt der Europäische Datenschutzbeauftragte die Auffassung der Kommission, dass i) der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien die Zusammenarbeit im Hinblick auf Unternehmensregister effizienter gestalten kann und ii) eine verbesserte Zugänglichkeit von Informationen des Unternehmensregisters die Transparenz erhöhen kann. In der Begründung des Vorschlags wird festgestellt, dass das Europäische E-Justiz-Portal zur Plattform für den zentralen Zugang zu rechtlichen Informationen, Rechts- und Verwaltungsorganen, Registern, Datenbanken und anderen Diensten in der EU ausgebaut werden soll. Der EDSB macht allerdings eine Reihe von Bemerkungen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:220:0001:0011:DE:PDF>

b) Inneres

1. Mängel beim freien Personenverkehr in Deutschland und Österreich

Die Kommission hat gegen Deutschland, Litauen, Malta, Österreich, Polen, Schweden, Spanien, die Tschechische Republik, das Vereinigte Königreich und Zypern Vertragsverletzungsverfahren wegen Mängeln beim freien Personenverkehr eingeleitet. Es seien im Wesentlichen drei Bereiche, in denen die Freizügigkeitsrichtlinie unzureichend umgesetzt wird: Einreise und Aufenthalt von Familienangehörigen, einschließlich Lebenspartnern; Ausstellung von Visa und Aufenthaltskarten für Familienangehörige aus Drittstaaten, sowie Garantien gegen Ausweisungen. So werde in Deutschland der Zuzug direkter Verwandter nur in Härtefällen genehmigt. Gleichgeschlechtliche Lebenspartner dürften nur bei Nachweis ausreichender Sprachkenntnisse nachziehen. Ausgewiesene könnten nicht nach einer angemessenen Frist zurückkehren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/981&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Frankreich und Italien missachten Geist der Schengen-Regelungen

Frankreich und Italien haben beim Umgang mit dem Ansturm von Flüchtlingen aus Nordafrika nicht gegen EU-Recht verstoßen. Das stellte EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström am 25.07. fest. Zugleich bedauerte Malmström jedoch, dass der Geist der Schengen-Regeln über den freien Grenzverkehr nicht voll respektiert worden sei. "Wir müssen eine einheitliche Auslegung und reibungslose Anwendung der Schengen-Regeln sicherstellen - in einem Geist von Solidarität und gegenseitigem Vertrauen", sagte Malmström. "Schengen und die Reisefreiheit gehören zu den greifbarsten, beliebtesten und erfolgreichsten Errungenschaften des europäischen Projekts." Sie kündigte konkrete Vorschläge für September an.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10111_de.htm

VIII. Umwelt

1. Zertifizierung innovativer Technologien zu CO₂-Emissionen von PKW

Die Kommission erließ am 25.07. eine Durchführungsverordnung zur Einführung eines Verfahrens zur Genehmigung und Zertifizierung innovativer Technologien zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen nach der Verordnung (EG) Nr. 443/2009. Eine Technologie kommt für einen Antrag gemäß dieser Verordnung in Betracht, sofern die folgenden Bedingungen erfüllt sind: a) Ein Anteil von 3 % oder weniger aller neuen, im Jahr 2009 registrierten Personenkraftwagen waren damit ausgestattet. b) Sie betrifft Elemente, die für den effizienten Betrieb des Fahrzeugs wesentlich sind, und ist mit der Richtlinie 2007/46/EG vereinbar.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:194:0019:0024:DE:PDF>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

1. Notrufsystem für Verkehrsunfälle bis 2015

Die Kommission hat am 08.09. eine Empfehlung verabschiedet, mit der sichergestellt werden soll, dass bis 2015 Fahrzeuge bei einem schweren Unfall automatisch die Notfalldienste verständigen können. Angestrebt wird, dass alle neuen Modelle von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen ab 2015 mit dem lebensrettenden eCall-System ausgestattet werden. Bei einem schweren Unfall wählt eCall automatisch die Notrufnummer 112 und übermittelt Daten zum Standort des Fahrzeugs an die Notrufzentrale.

www.ec.europa.eu/ecall (Empfehlung)

X. Bildung, Forschung, Kultur

a) Bildung

1. Vorstellung der EU-Strategie zur Modernisierung im Hochschulwesen

Verbesserte Bildung gehört zu den Kernzielen der Strategie Europa 2020. Um dieses Ziel zu erreichen, stellt EU-Bildungskommissarin Androulla Vassiliou am 20.09. eine Strategie zur Erhöhung der Absolventenzahlen und zur Verbesserung der Qualität im Hochschulsystem vor.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=AGENDA/11/27&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Ausschreibungen für Programm für lebenslanges Lernen

Im Amtsblatt der EU vom 09.08. wird zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Programms für lebenslanges Lernen (PLL) aufgefordert. Das Programm läuft von 2007 bis 2013. Das Programm bezieht sich auf sämtliche Formen und Stufen der allgemeinen und beruflichen Bildung. Es steht Antragstellern aus der EU, den EWR/EFTA-Ländern (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz) und den Kandidatenländern Kroatien und Türkei offen. Das für diese Aufforderung vorgesehene Gesamtbudget beträgt rund 1.140 Mio. EUR. Die erste Frist ist der 01.12. (Comenius, Individuelle Schülermobilität): Die weiteren Fristen liegen in 2012.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:233:0015:0016:DE:PDF>

http://ec.europa.eu/education/llp/doc848_de.htm

b) Forschung

1. Unterstützung für Europäisches Innovations- und Technologieinstitut

Hochschul- und Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen unterstützen entschieden den Auftrag des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT), eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Hochschul- und Geschäftswelt sowie der Welt von Forschung und Innovation voranzutreiben. Dies hat eine öffentliche Konsultation ergeben, an der sich fast 200 Organisationen und Einzelpersonen beteiligt haben. Die Ergebnisse der Konsultation werden in die strategische Innovationsagenda für das EIT einfließen, die die Kommission bis Ende des Jahres vorlegen wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1008&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. EU vergibt 670 Mio. EUR für 480 junge Spitzenforscher

480 junge Spitzenforscher erhalten über einen Zeitraum von fünf Jahren Stipendien in Höhe von bis zu zwei Millionen Euro. Der Europäische Forschungsrat ERC vergibt insgesamt 670 Millionen Euro an Toptalente in ganz Europa. 64 Stipendien gehen an deutsche Forscher und 13 an österreichische. Die Zahl der Anträge war im Vergleich zum letzten Jahr um 42 Prozent gestiegen. Die ausgewählten Projekte decken eine große Themenvielfalt ab: von Studien zu außergewöhnlichen Eigenschaften von biologischem Nanomaterial über die Auswirkung von Verkehrslärm auf die Gesundheit bis zur Rolle der Wirtschaftsmedien in der Finanzkrise

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10175_de.htm

http://erc.europa.eu/pdf/press_release_stg2011_results.pdf

3. Innovative Großunternehmen steigern Forschungsausgaben

Nach der am 10.08. von der Kommission veröffentlichten Erhebung über die FuE-Investitionstrends in der Wirtschaft, wollen in der EU ansässige Unternehmen bis 2013 ihre Forschungsausgaben jährlich um 5% erhöhen. Das ist doppelt so viel wie die Erwartungen in 2010 und ein Umkehrtrend zu 2009,

wo die Unternehmen ihre Forschungsausgaben um 2.6% kürzten. Diese Zahlen wurden in der sechsten EU-Erhebung über FuE-Investitionstrends in der Wirtschaft (EU Survey on R&D Investment Business Trends) zu geplanten FuE-Investitionen veröffentlicht, die sich an jene 1000 europäischen Unternehmen richtete, die am stärksten in FuE investieren. 205 Unternehmen beantworteten die Fragen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/957&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Kultur

1. Europäische Tage des offenen Denkmals

Die erstmals 1985, jeweils im September, veranstalteten Europäischen Tage des offenen Denkmals finden seit 1999 als gemeinsame Initiative der Europäischen Union und des Eurorats statt. Die 50 Unterzeichnerstaaten des Europäischen Kulturabkommens stellen neue Kulturschätze aus und öffnen historische, normalerweise nicht zugängliche Gebäude für die Öffentlichkeit. In Berlin sind geführte Besichtigungen an erhaltenen Abschnitten der Berliner Mauer geplant, die von über 100 Künstlern aus 20 Ländern mit Gemälden und Graffiti gestaltet wurden. Zur Bilanzierung der diesjährigen Veranstaltungen findet vom 10. bis 12. Oktober im polnischen Breslau das 4. European Heritage Days Forum zum Thema „Das Erbe wertschätzen! Europäisches Kulturerbe und wirtschaftliche Entwicklung“ statt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1012&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

XI. Sonstiges

1. Übersetzungswettbewerb an Europas Schulen gestartet

Die weiterführenden Schulen können seit 01.09. ihre Schülerinnen und Schüler zu dem jährlichen EU-Wettbewerb „Juvenes Translatores“, dem Wettbewerb für junge Übersetzer anmelden. Unter <http://ec.europa.eu/translatores/> findet sich das Anmeldeformular in allen EU-Amtssprachen. Die Anmeldefrist läuft bis zum 20. Oktober. Die diesjährige – fünfte – Ausgabe des Wettbewerbs wird am 24. November an allen ausgewählten Schulen gleichzeitig durchgeführt. Mehr als 750 Schulen können teilnehmen und Schülerinnen und Schüler des Geburtsjahrgangs 1994 zum Wettbewerb anmelden. Die Schülerinnen und Schüler übersetzen einen Text von einer Seite aus einer der 23 EU-Amtssprachen in eine andere, wobei sie die Ausgangs- und Zielsprache frei wählen können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1001&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Europas Kinder geben Satelliten der Galileo -Konstellation ihren Namen

Die Satelliten des Galileo-Programms werden nach den Kindern benannt, die in den einzelnen Mitgliedstaaten das jeweils beste Bild zum Thema Luft- und Raumfahrt malen. Die ersten beiden Satelliten, deren Start am 20. Oktober erfolgt, werden die Namen von Thijs aus Belgien und Natalia aus Bulgarien tragen, die dieses Jahr bereits den Wettbewerb in ihrem Heimatland gewonnen haben. Am 01.09. hat die Kommission den Wettbewerb in den anderen 25 Mitgliedstaaten eingeleitet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/999&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>